**Flucht und Einwanderung Worum es in der aktuellen Asyldebatte geht**

https://www.deutschlandfunk.de/asyl-debatte-fluechtlinge-100.html

Grenzkontrollen, Obergrenzen, Asylzentren, Sachleistungen statt Geld: In der Migrationsdebatte werden viele Vorschläge gemacht, um die Einwanderung nach Deutschland und Europa zu begrenzen. Welche taugen? Und ist ein härterer Kurs überhaupt sinnvoll?

12.10.2023

Migration und Asyl sind in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern Dauerbrenner in der politischen Debatte. Denn bisher ist es nicht gelungen, die Migration nach Europa zu steuern. Die Bilder von heillos überfüllten Aufnahmelagern auf italienischen oder griechischen Inseln wecken einerseits Empathie für die Flüchtlinge, andererseits aber auch Ängste davor, die Integration der Geflüchteten aufgrund ihrer großen Anzahl nicht mehr bewerkstelligen zu können.

Ähnlich wie nach den Fluchtbewegungen ab 2015 geht es in Deutschland nun erneut um die Frage, ob und wie die Zuwanderung restriktiver gestaltet werden soll und kann – Bundesregierung und Länder tauschen sich derzeit darüber aus. Laut Städte- und Gemeindebund stoßen viele Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten an ihre Grenzen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge registrierte 2023 bis einschließlich September 233.744 Erstanträge auf Asyl – das ist eine Zunahme um rund 73 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hinzu kommen momentan rund 1,1 Millionen ukrainische Kriegsflüchtlinge, die in Deutschland leben und keinen Asylantrag stellen müssen.

Zuwanderung – das betonen vor allem regelmäßig Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Forschungsinstituten – ist für die Bundesrepublik Deutschland substanziell, und es gibt eine ungemein große Anzahl an Beispielen für gelungene Integration. Dennoch sind oft die Stimmen am lautesten, die eine starke Kontrolle und Reduzierung der Einwanderung fordern. Im Folgenden ein Überblick über die Vorschläge in der Debatte und ihren Verlauf.

* [Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl](https://www.deutschlandfunk.de/asyl-debatte-fluechtlinge-100.html#z1)
* [Obergrenze für die Aufnahme von Asylbewerbern](https://www.deutschlandfunk.de/asyl-debatte-fluechtlinge-100.html#z2)
* [Abschiebungen, sichere Herkunftsstaaten, Grenzkontrollen, Sachleistungen statt Geld](https://www.deutschlandfunk.de/asyl-debatte-fluechtlinge-100.html#z3)
* [Die Verschärfung des europäischen Asylrechts](https://www.deutschlandfunk.de/asyl-debatte-fluechtlinge-100.html#z4)
* [Der populistische Ton in der Asyldebatte](https://www.deutschlandfunk.de/asyl-debatte-fluechtlinge-100.html#z5)

##

## **Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl**

Das individuelle Recht auf Asyl hat in Deutschland auch aus historischen Gründen einen hohen Stellenwert. Für die faktische Abschaffung dieses Rechts tritt vor allem die AfD schon länger ein. In ihrem [Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021](https://www.afd.de/wahlprogramm-asyl-einwanderung/) forderte die Partei, das „Asylparadies Deutschland“ zu „schließen“. Sie will die Zuwanderung drastisch begrenzen und einmal gewährtes Asyl in bestimmten Zeiträumen immer wieder überprüfen.

Auch in der Union gibt es inzwischen Stimmen, die die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl fordern. „Der Individualanspruch ist als solcher überflüssig im Grundgesetz, weil wir uns völkerrechtlich verbindlich festgelegt haben, nach den Regeln der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention Menschen, die verfolgt werden, Schutz zu gewähren“, sagt beispielsweise Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU).

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Union im Bundestag, Thorsten Frei, hat in der [Frankfurter Allgemeinen Zeitung](https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cdu-will-individuelles-recht-auf-asyl-ersetzen-19039979.html) bereits ebenfalls laut in diese Richtung gedacht. Auch CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn sagt: „Deutschland braucht eine Pause von dieser völlig ungesteuerten Asyl-Migration.“ Spahn favorisiert eine Kontingentlösung, wonach die Europäische Union 300.000 bis 500.000 Flüchtlinge im Jahr aufnehmen soll. Unbeantwortet bleibt dabei aber die Frage, was passiert, wenn mehr Menschen um Schutz bitten als das Kontingent vorsieht.

## **Deutliche Mehrheit für den Erhalt des Asylrechts**

Grüne, SPD und Linke lehnen solche Gedankenspiele grundsätzlich ab. Auch in der Bevölkerung sind solche Positionen nicht mehrheitsfähig. Nach einer Umfrage im Auftrag des Magazins „Stern“ wollen fast zwei Drittel (64 Prozent) der Deutschen, dass politisch Verfolgte weiterhin individuell Schutz in der EU beantragen können. Ein Drittel (32 Prozent) unterstützt hingegen den Vorschlag, das Individualrecht durch EU-Kontingente zu ersetzen.

Unter den Anhängern und Anhängerinnen von CDU und CSU sind 56 Prozent für den Erhalt des Asylrechts, bei jenen der Grünen sind es 88 Prozent (FDP: 84 Prozent, SPD: 76 Prozent). Selbst unter den Anhängern der AfD sprechen der Umfrage zufolge immer noch 44 Prozent gegen eine Abschaffung des Rechts aus.

Für den Historiker Jonathan Spanos kommen die Vorschläge aus der Union nicht überraschend. „Wenn man sich mit den Asyldebatten der 70er- bis 90er- Jahre beschäftigt, sieht man, es ist ein wiederkehrendes Thema“. Die Grundfrage, ob man das individuelle Asylrecht schleifen oder sogar abschaffen soll, sei schon damals intensiv verhandelt worden – Unionspolitiker hätten das auch früher schon in Wahlkämpfen gefordert.

## **Obergrenze für die Aufnahme von Asylbewerbern**

Die Forderung nach EU-Kontingenten für Flüchtlinge kommt dem Ruf nach einer Obergrenze gleich. Sie besagt, dass nur noch eine bestimmte Anzahl von Geflüchteten pro Jahr aufgenommen werden soll. Danach sollen die Grenzen geschlossen werden. Diese Idee kursiert nicht nur für den gesamteuropäischen Raum, sondern auch für Deutschland. So will CSU-Chef Markus Söder bis zu 200.000 Asylbewerber pro Jahr in der Bundesrepublik aufnehmen. „Es braucht eine Integrationsgrenze als Richtwert für unser Land“, sagt der bayerische Ministerpräsident.

Der Vorschlag ist allerdings nicht praktikabel, solange es das individuelle Recht auf Asyl gibt. Aufgrund der geltenden humanitären Verpflichtungen könne man Menschen nicht abweisen, wenn eine bestimmte Zahl erreicht worden sei, sagte die [Migrationsforscherin Birgit Glorius im Norddeutschen Rundfunk](https://www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/interviews/Migrationsexpertin-Debatte-zu-einer-Obergrenze-lohnt-sich-nicht%2Caudio1468384.html).

## **Abschiebungen, sichere Herkunftsstaaten, Grenzkontrollen, Sachleistungen statt Geld**

In der Debatte über die Migration nach Deutschland gibt es noch viele weitere Forderungen, um die Anzahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber hierzulande zu begrenzen. Eine davon ist, **abgelehnte Asylbewerber konsequenter abzuschieben**. Doch vier von fünf der als ausreisepflichtig erfassten Flüchtlinge verfügen nach Angaben der Bundesregierung über eine Duldung, sie können – zumeist aus humanitären oder rechtlichen Gründen – gar nicht abgeschoben werden. Herkunftsstaaten nehmen die Geflüchteten zum Teil auch nicht zurück. Schon an fehlenden Reisedokumenten können Abschiebungen scheitern.

In diesem Zusammenhang ist auch eine **Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer** im Gespräch. Bei sicheren Herkunftsstaaten gehen die deutschen Behörden davon aus, dass den Asylsuchenden keine staatliche Verfolgung droht und die Gesetze in ihrem Herkunftsland sie auch vor nichtstaatlicher Verfolgung schützen. In der Konsequenz können Asylbewerber aus solchen Ländern schneller und leichter abgeschoben werden, ihre Anträge gelten als „offensichtlich unbegründet“.

## **„Anerkennungsquoten im Promillebereich“**

Derzeit stehen auf der Liste alle EU-Länder, Ghana und Senegal, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Nordmazedonien, Albanien, Kosovo und Montenegro. CDU-Chef Friedrich Merz will auch Tunesien, Marokko, Algerien und Indien dementsprechend einstufen, weil es bei Asylbewerbern aus diesen Staaten nur „Anerkennungsquoten im Promillebereich“ gebe.

Dem hat Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) allerdings eine Absage erteilt. Die kürzlich vom Bundeskabinett beschlossene, in ihrer eigenen Partei aber umstrittene Aufnahme von Georgien und Moldau in die Liste sicherer Herkunftsländer trägt Baerbock hingegen mit. Die beiden Staaten seien auf dem Weg in die EU und setzten weitgehende Reformen bei Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten um.

Ebenfalls umstritten ist immer wieder die **Überwachung der Landesgrenzen** und wie sie ausgestaltet werden soll. Die Bundesregierung begegnet den steigenden Flüchtlingszahlen nun auch mit zusätzlichen Kontrollen direkt an den Grenzen zu Polen und Tschechien. Dafür wird die Bundespolizei eingesetzt. Durch flexible und mobile Kontrollen an wechselnden Orten sollen nach Angaben von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) „Ausweichbewegungen“ der Schleuser verhindert werden. Die Union hatte hingegen stationäre und dauerhafte Grenzkontrollen gefordert.

Schließlich ist in der Debatte auch immer wieder die **Umstellung von Geld- auf Sachleistungen** im Gespräch, um die Flucht nach Deutschland unattraktiver zu machen. CSU-Chef Merz spricht von „Pull-Faktoren“, die dazu führten, dass viele Asylbewerber nach Deutschland wollten. Der bayerische Ministerpräsident Söder hat angekündigt, dass es für abgelehnte Asylbewerber im Freistaat bald kein Geld mehr geben soll, sondern nur noch Chipkarten zum begrenzten Einkauf bestimmter Waren des täglichen Bedarfs.

Zudem will er Asylbewerber bis zur Entscheidung über ihren Aufenthaltsstatus verstärkt zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten. Für Linke-Chef Martin Schirdewan ist das „Zwangsarbeit“. Grüne und FDP verweisen darauf, dass Kommunen schon jetzt selbst entscheiden können, ob sie auf Geld- oder Sachleistungen setzen. Viele Städte und Gemeinden hielten aber an Geldzahlungen fest, weil das mit weniger Aufwand verbunden sei.

##

## **Die Verschärfung des europäischen Asylrechts**

Die Asyldebatte in Deutschland findet vor dem Hintergrund von grundlegenden Änderungen in der europäischen Migrationspolitik statt. Die EU-Staaten hatten sich im Juni 2023 auf eine deutliche Verschärfung des Asylverfahrens geeinigt. Vorgesehen ist unter anderem ein restriktiverer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive. Das bisherige Regelwerk der EU hatte das Ziel, die Migration zu steuern, weit verfehlt.

Ein Kern der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sind Asylverfahren bereits an den EU-Außengrenzen. Dazu sollen Asylzentren in Grenznähe entstehen, in denen die Identität von Schutzsuchenden überprüft wird. Damit soll erreicht werden, dass Migranten mit geringen Aufnahmechancen erst gar nicht in die EU gelangen. Gleichzeitig sollen die Kriterien für sogenannte sichere Drittstaaten geändert und ausgeweitet werden. Damit gibt es dann mehr Länder, die als sicher eingestuft werden.

Während der Verhandlungen zur Reform scheiterte die Bundesregierung mit humaneren Positionen. Für die Grünen wurde das Vorhaben zur Zerreißprobe. Sie hatten sich in der Vergangenheit strikt gegen Asylverfahren an den EU-Außengrenzen ausgesprochen. Grünen-Co-Vorsitzende Ricarda Lang erklärte, Deutschland hätte den Reformplänen nicht zustimmen dürfen.

Bundesaußenministerin Baerbock verteidigte dagegen die Zustimmung der Bundesregierung. „Der Kompromiss ist ganz und gar kein einfacher“, schrieb die Grünen-Politikerin in einer Erklärung. Doch wer den Kompromiss nicht wolle, der nehme für die Zukunft in Kauf, dass Flüchtlinge nicht mehr in Europa verteilt würden. Auch Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) stellte sich hinter die Reform, nannte sie zugleich jedoch schmerzhaft.

Auf ein zentrales, aber lange umstrittenes Element der EU-Asylreform, die sogenannte Krisenverordnung, haben sich die EU-Staaten inzwischen mehrheitlich geeinigt. Damit ist der Weg für weitere Verhandlungen der Mitgliedstaaten mit dem Europäischen Parlament über eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) frei.

##

## **Der populistische Ton in der Asyldebatte**

Einfache Lösungen beim Migrationsthema sind nicht in Sicht. „Wenn Kriege und Krisen entstehen, sind Menschen gezwungen zu flüchten. Die Hauptbotschaft in der aktuellen Debatte sollte deshalb sein, dass eine hundertprozentige Steuerung von Migration nicht funktionieren kann. Diesen Mut, sich das einzugestehen, sollte man haben“, sagt der [Migrationsforscher Hannes Schammann bei tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/migrationspolitik-102.html).

Eine Einschätzung, die in der Migrationsdebatte kaum Gehör findet. Den Ton prägen andere: Wie die AfD in Deutschland machen Rechtspopulisten überall in Europa Stimmung gegen Flüchtlinge. Wenn über Migration gesprochen werde, nütze dies tatsächlich erst einmal den rechten Parteien, weil das deren Kernthema sei, betont der Politikwissenschaftler Thorsten Faas.

In Deutschland muss sich inzwischen auch die Union des Öfteren den Vorwurf gefallen lassen, nicht den richtigen Ton zu treffen. So geriet CDU-Chef Merz zuletzt in die Kritik, nachdem er in einer Talk-Runde über abgelehnte Asylbewerber gesagt hatte, dass diese sich in Deutschland die Zähne neu machen ließen, während Deutsche keinen Termin beim Zahnarzt bekämen.

Bundesinnenministerin Faeser warf Merz daraufhin „erbärmlichen Populismus auf dem Rücken der Schwächsten“ vor. Ähnliche Kritik kam von den Grünen und der Linken. Faeser wies die Aussagen von Merz auch als schlicht falsch zurück: Asylsuchende würden nur behandelt, wenn sie akut erkrankt seien oder unter Schmerzen litten. Die Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung stellte klar, dass es wegen Asylbewerbern nicht zu Terminschwierigkeiten in Zahnarztpraxen kommt.

## **Von Parteifreunden wird Merz verteidigt**

Parteifreunde verteidigten den CDU-Chef hingegen. „Friedrich Merz spricht das an, was die Menschen auf der Straße sprechen“, sagte der stellvertretende CSU-Vorsitzende Manfred Weber im Deutschlandfunk.

Auch Merz selbst hat Populismusvorwürfe bisher immer zurückgewiesen. [Als Fehler räumte er allerdings ein, im Zusammenhang mit Ukraine-Flüchtlingen von „Sozialtourismus“ gesprochen zu haben.](https://www.tagesschau.de/faktenfinder/merz-sozialtourismus-101.html)

Äußerungen wie diese scheinen auch dazu gedacht zu sein, der AfD bei ihrem wichtigsten Thema das Wasser abzugraben. Die Rechtspopulisten erleben in Umfragen gerade einen Höhenflug. Doch unter politischen Beobachtern und Politikwissenschaftlern ist umstritten, ob die Strategie aufgehen kann: Möglich wäre auch, dass die Union die AfD mit markigen Sprüchen zum Migrationsthema letztlich stärkt.